

aus der tamilisch-lutherischen Kirche. Die deutschen Missionare wurden von den Engländern aus Indien vertrieben, die schwedischen Missionare, die die Arbeit übernahmen, führten darauf in der tamilisch-evangelischen Kirche den Titel Bischof ein. Ein Teil der einheimischen tamilischen Pastoren lehnten sich jedoch gegen den Bischofstitel auf, und es kam zur Spaltung innerhalb der Kirche. Sollen wir uns auch spalten? Die schwedische und englische Kirchen haben Abendmahlsgemeinschaft eingeführt, dies ist nicht richtig.

In der Abendmahlsgemeinschaft kann es kein zweimaliges Ja oder Nein geben. Als zu ihm die Kunde von der Anschließung der Krakauer Gemeinde an Warschau drang, da freute sich Nedner über diese seine erste Gemeinde. Die Abendmahlsgemeinschaft mit den Reformierten betäubte ihn jedoch, denn dadurch wurde ihm klar, daß nicht religiöse, sondern leider staatspolitische Motive bei dem Anschluß an Warschau mitsprachen. Zum Schluß konnte er sich nicht gegen den Willen der Mehrheit in Sache der Titel auflehnen, wenn er nur das Wort Gottes und die heiligen Sakramente verwahren dürfe, sei dies ihm unterpfand genug zum Ausüben seines seelsorgerischen Amtes. Wenn es sein muß, wird er auch in einer „exlessia pressa“ arbeiten, besser jedoch arbeitet es sich in einer freieren Verfassung, ebenso wie es sich in freier Luft besser atmet.

Generalsuperintendent Bursche verteidigt den Namen Bischof (natürlich!) Er meint, es handle sich in der Hauptsache um den Sinn. Er schlägt die Annahme des Art. 3. in der Fassung der Kommission vor.

Synodaler Ulla macht einen Zusatz: Streichung des Titels „ksiadz proboszcz“. Es erfolgt die Abstimmung über Art. 3. Dagegen stimmen 53, (Lodzer), für 67 (Warschauer).

Der Art. 4 wird in der Fassung der Kommission angenommen.

Die weitere Ansprache gilt dem Art. 5.

Pastor Lamica schlägt eine neue Fassung dieses Artikels vor und begründet dies in längeren Ausführungen.

Synodaler Will kritisiert die neue Fassung. Wir können auf keinen Fall die Selbständigkeit der Gemeinden nur auf dem Papier haben. Es darf nicht heißen, daß ein Organ dem anderen unterstellt ist.

Synodaler Eberhardt und Synodaler Ulla sind gleichfalls gegen eine Verbesserung des Art. 5.

Pastor Mikodem verteidigt in einer längeren Rede die von ihm eingebrachten Verbesserungen zu Art. 5.

Generalsuperintendent Bursche schlägt eine Abstimmung über den Antrag des Synodalen Eberhardt Warschau vor. Er will den Zusatz der Kommission überweisen.

Die Abstimmung bringt der Warschauer Gruppe den Sieg. Mit 58 dagegen und 64 Stimmen dafür wird Art. 5 der Kommission übergeben.

Es wird zur Durchberatung des Art. 6 geschritten.

Pastor Mikodem schlägt eine Reihe von sachlichen Verbesserungen vor, die dahin gehen: 1. eine ordnungsgemäße Einberufung der Gemeindeversammlung, 2. müsse die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein 3. bei der Abstimmung entscheidet die absolute Mehrheit.

Synodaler Will ist gegen eine Verbesserung des Art. 6, da er ja nur allgemeinen Charakter trägt; im einzelnen lassen sich die Wahlbedingungen strenger formulieren.

Präsident Glab ist für die Verbesserungen des Pastors Mikodem.

Pastor Lewandowski, Kypin spricht

sich gegen die Verweisung des Art. an die Kommission, dies sei eine unnötige Ueberbürdung der Kommission und bedeute Zeitvergeudung.

Bei der Abstimmung spricht sich die Mehrzahl für die Verweisung des Art. 6 an die Kommission aus.

Es ist 1¹/₂ Uhr; die Sitzung wird geschlossen. Die Nachmittagsverhandlungen beginnen um 4 Uhr.

Nachmittags-sitzung.

Generalsup. Bursche begrüßt den Präsidenten des American Lutheran Concll, Larson und dankt ihm für sein Erscheinen, ebenso für die großen und weitgehenden Unterstützungen der amerikanischen Glaubensbrüder. Ohne die heilsame Hilfe aus Amerika hätte so manche evangelische Gemeinde nicht bestehen können. Die großen Spenden an Kleidern, die wir aus Amerika bekamen, stellten allein einen Wert von 50 Millionen Mark dar. Den durch den Präsidenten vorgeschlagenen Anschluß an eine Weltvereinigung der lutherischen Kirche nimmt die lutherische Kirche Polens beifällig auf.

Zu Worte meldet sich nun Präsident Larson, der etwa folgendes ausführt: Die amerikanische luth. Kirche ist auch eine Minoritätskirche, gegründet von Leuten, die aus verschiedenen europäischen Staaten eingewandert sind. Die evang. Kirche Polens hat in dieser Hinsicht sehr viel Verwandtes mit der amerikanischen Freikirche. Als Brüder kommen nun die Glaubensgenossen von der anderen Seite des Ozeans und wollen hier in Verbindung mit den lutherischen Gemeinden Polens treten. Auf internationalen Kongressen treten stets anstatt lutherisch-kirchlichen Vertretern solche völkischer Gemeinschaften auf. Unser Bestreben müßte es sein auf streng lutherischem, kirchlichem Boden zusammenzukommen. Vor dem Kriege gab es in Amerika verschiedene in nationaler Hinsicht geschiedene lutherische Kirchen, gegenwärtig haben sich sämtliche Kirchen in dem American Lutheran Concll zusammengeschlossen, was in vieler Hinsicht sehr gute Erfolge gebracht hat.

Generalsup. Bursche liest einen Beschluß vor, wo für die Hilfe, die die amerikanischen Glaubensbrüder uns angebeihen ließen, gedankt wird. Auch des erschienenen Vertreters wird ehrend gedacht. An der internationalen Zusammenkunft der Vertreter der lutherischen Kirche der ganzen Welt wird die lutherische Kirche Polens demnächst teilnehmen.

Weiter wird ein Antrag, der die Zahl der Redner auf zwei und auch die Dauer der Rede bis auf 5 Minuten beschränkt, vorgelesen. Der Antrag wird durch Zurufe angenommen.

Zur Verhandlung gelangt Art. 7.

Nach kurzer Debatte wird Artikel 7 angenommen.

Zu Artikel 8 nimmt Generalsuperintendent Bursche Stellung. Er verteidigt den Standpunkt der zwangsweisen Eintreibung der Kirchensteuern. Syn. Will lehnt sich entschieden dagegen auf. Freiwilligkeit muß der Ausgangspunkt in der Frage der Kirchensteuern sein.

Pastor Nedra weist auf die Unzulänglichkeit des Punktes des Art 8 hin, wo gesagt ist: „Anlagen auf die staatlichen Steuern“, hier wird unnötig sich an den Staat angelehnt. Nehmen wir uns das Beispiel unseres Herrn und Heilandes zum Vorbild (Matt. Kapitel 17. —). In den balt. Provinzen wird für kirchliche Zwecke keine Bezahlung genommen. Für allgemein kirchliche Zwecke (Kirchenbau, Armenunterstützung) müssen Steuern aufgelegt werden. Verwerflich ist die Einziehung von Geldmitteln durch Veranhalten von Vergütungen, wo alkoholische Getränke verabreicht werden. Dies ist nicht esangelisch. Keinesfalls können wir uns den katholischen

„odpast“ zum Beispiel nehmen, wo 12 bis 18 Millionen an einem Tage zusammenfließen. Auf Liebe und gegenseitigem Vertrauen muß die Sache der Kirchensteuern aufgebaut werden.

Eine ganze Reihe von Rednern der Warschauer Gruppe nehmen zu Art. 8 Stellung, immerwieder davon ausgehend, daß der in der Warschauer Fassung enthaltene Steuerzwang, der sich auf die Zuhilfenahme der Staatsgewalt stützt, in Wirklichkeit niemals zur Anwendung gebracht wird, er soll nur als Antrieb, als Peitsche für die Schwachen dienen.

Pastor Szadzian-Lodzy weist darauf hin, daß wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, Kirchensteuern zwangsweise einzutreiben. Er nennt den Synodalen Will einen unverbesserten Idealisten, der den Boden der Wirklichkeit verlassen hat. (Verkündiger der Lehre Jesu Christi wollen vom Boden des Idealismus sich losreißen!)

Syn. Will beweist, daß man durch freiwillige Gaben in der Praxis bedeutend bessere Erfolge gemacht habe, als mit dem Zwang. Er führt eine Reihe von Beispielen an.

Syn. Ulla schlägt im Namen der Lodzter Gruppe einen kleinen Zusatz zu Art. 8 vor.

Major Ulrich führt seine Bedenken gegen die Freiwilligkeit des Zahlens von Kirchensteuern aus. Er betont unter anderem, daß in der zwangsmäßigen Zahlung ein gewisses erzieherisches Moment liege, man richte den schwachen Zahler, der am Boden liegt, einfach in Höhe. (Erziehung vermittelt einer Peitsche! — Zurufe der Lodzter Gruppe.) Major Ulrich fährt weiter fort. Er lenkt vom Thema ab und wirft der Lodzter Gruppe vor, sie stimme in vielen Fällen nicht nach der eigenen Ueberzeugung. Er gerät ganz außer sich, tritt mit geballten Fäusten gegen die Lodzter Gruppe sich wendend, vom Balk und ruft im Brüllen der Entrüstung: „Ihr gehorcht nur dann, wenn das Kommando: Aufstehen! erfolgt“ (Hinweg! Nie choomy pana slyszob. Dosyę tego! — erschallen es auf den Sigen der Lodzter Gruppe.) Der „ozoigodny“ Professor Bursche regt sich furchtbar auf, stürmt auf die Lodzter Gruppe ein, es entsteht eine allgemeine Erregung. Einzelne Freunde des Majors Ulrich holen ihn vom Rednerpult ab. Der Vorliegende, diesmal ist's S. Superint. Bursche, läutet ohne Unterbrechen... und langsam legen sich die Wellen der nervösen Spannung.

Präsident Gwert steht auf dem Standpunkt, daß ein Zwang beim Eintreiben der Kirchenbeiträge sein muß.

Pastor Szpilner hat in seiner 8-jährigen Praxis, sich auf freiwillige Beiträge stützend, gute Erfahrungen gemacht. Darum müssen wir uns auf den idealen Standpunkt stellen, der ja mit der christlichen Ethik eng zusammenhängt. Er spricht sich für den Lodzter verbesserten Artikel 8 aus.

Es entsteht wiederum ein unliebsamer Zwischenfall. Pastor Lewandowski ruft in der Richtung des Syn. Spidermann: Provokation! aus.

Syn. Fischer-Tomaszow steht ganz auf dem Boden der zwangsweisen Einziehung der Kirchenbeiträge.

Konfessorialrat Gundlach lehnt sich gegen das gewaltsamige Aufbringen des Kirchenbeitrags auf. Der Staat ist nicht dazu da, um durch Hilfe der Polizei die evang. Kirche in Polen zu bauen.

Es ist erwidrigend für Kirche und Pastor, auf diese Weise Selber einzuziehen. Im Leben habe ich, fährt Nedner weiter aus, mit diesem meinen Idealismus die besten Erfahrungen gemacht. Beim Bau der Kirche in Ramien führte ich die zwangsweise Einziehung der Beiträge für den Kirchenbau ein. Die Polizei ging umher, es gab viel böses Blut, und trotzdem haben nicht alle die Beiträge bezahlt. In Byrdow dagegen, wo

der Bau auf dem Glauben an die Hilfe Gottes und auf freiwilligen Gaben aufgebaut war, habe ich die schönsten Erfahrungen gemacht. Die Fabrikarbeiter belegten sich freiwillig mit Geldbeiträgen, die je zwei Wochen an den Bauauschuss eingezahlt wurden. Es herrschte ein reges Interesse für den Kirchenbau, daß sich auf allgemeines Vertrauen und Liebe stützte. Dieselben Erfahrungen habe ich beim Bau des Hauses der Darmbergstraße in Lodz gemacht. Wieder brachte das freiwillige Zahlen sehr gute Früchte. — Es ist auch kein erzieherisches Moment, wenn wir durch den Staat die Beiträge einziehen, dadurch stellen wir nur unsere Schwäche zur Schau. Eine Erziehung die auf die Rute, immerwieder auf Strafe sich stützt, ist eine schlechte Erziehung. Die Liebe zu Gott und Menschen muß die Grundlage der Erziehung, der gegenseitigen Beziehung von Mensch zu Mensch sein.

Diese aus tiefster Ueberzeugung und aus reinem Herzen gesprochenen Worte des großen Konsistorialrats Gundlach löste auf den Bänken der Warschauer Gruppe einen sichtbaren Unwillen aus. Besonders fühlbar getrocknen war der Vorsitzende. Schon war Hoffnung vorhanden, die Abstimmung könne zu Gunsten von Warschau ausfallen — und nun — ein Strich durch die Rechnung.

G.-Superint. Bursche, auf die späte Stunde, es ist mittlerweile 7 $\frac{1}{2}$ Uhr geworden, und auf den Umstand, daß noch die beiden Referenten sich zu Worte gemeldet haben, hinweisend, schließt die Nachmittagsitzung. Dies löst Protestrufe und einen allgemeinen Unwillen in den Reihen der Lodzer Gruppen aus. Erreat springt alles auf und fordert sofortige Abstimmung. G.-Superint. Bursche verweigert dies und verläßt die Kirche. Alles eilt zum Mittelgang, wo eine im sehr gereizten Ton geführte Aussprache mit einzelnen Vertretern der Warschauer Gruppe stattfindet. „Nicht auseinandergehen!“ rufen einzelne der Lodzer Gruppe. G.-Superint. Bursche erscheint wieder und wirft sich mit Ungestüm auf Konsistorialrat Gundlach. Der große Mann verteidigt sich nach Möglichkeit, einige Warschauer Synodale umringen ihn, es entsteht ein wildes Durcheinander. Eine schwüle Gemütsstimmung liegt in der Luft und vergiftet die Gemüter. Einige Herren von der Warschauer Gruppe äußern ebenfalls laut ihren Unwillen. Wie ein dichter Nebel stehen die Synodalen im Hauptgang. Da werden einzelne elektrische Lampen ausgelöscht. Man eilt zum Ausgang, wo noch lange Zeit vor den Kirchentüren eine erregte Aussprache stattfindet. Warum schritt man nicht sofort zur Abstimmung? Wozu diese Willkür? hört man aus den Reihen der Synodalen fragen. Mit Spannung sieht man den Verhandlungen des kommenden Tages entgegen.

3. Verhandlungstag.

Freitag, den 18. August 1922.

Mit Gebet in deutscher und polnischer Sprache wird die Sitzung eröffnet. Den Vorsitz führt Generalsup. Bursche. Die Sitzung begann kurz nach 11 Uhr, was durch eine längere Unterredung der Lodzer Gruppe hervorgerufen wurde.

Der Vorsitzende gibt eine kurze Erklärung des gestrigen zum Schluß der Nachmittagsitzung stattgefundenen Vorfalles; er verteidigt seine Handlungsweise. Als Pastor habe er angesichts der erregten Gemüter nicht anders handeln können. (Als wenn die tatsächlich stattgefundenen ganz willkürliche Schließung der Sitzung viel zur Beruhigung und zur Ueberbrückung der Gegensätze beigetragen habe!)

Die Schriftführer schreiten zur Verlesung der Sitzungsberichte des Vortages. Ueber einzelne Punkte entspinnt sich zwischen den Parteien eine Aussprache. Man nimmt einen von dem Syn. Uta eingebrachten Zusatz zum Sitzungsbericht an.

Die Aussprache über die weiteren Artikel des Besetzungswortes wird vorläufig aufgeschoben. Das Wort wird dem Konsistorialrat Gundlach zur Aufklärung seiner am Vortage gehaltenen Rede erteilt. Pastor Gundlach betont, daß er die Amtsbrüder nicht im Mangel an Idealismus beschuldigte. Er melbete sich zu Worte, weil ihn das Gewissen hierzu trieb.

Es gelangt der Protest der Warschauer Gruppe in Sachen der Person des Pastors Engel zur Verlesung. Weiterhin wird der Protest der Lodzer Gruppe in Sachen der Pressehege, die von Seiten der Pastoren Bloch und Michelis, so wie auch anderer Pastoren, die die Kanzel zu diesem Zwecke gebraucht haben, verlesen. Diese wühlerische Arbeit bringt foute Früchte. Uebertritt in dem Dorfe Rajkowo, Gm. Nowy Dwur, wo 300 Personen zu den Baptisten übergegangen sind). Als drittes gelangt zur Verlesung der folgende Protest wegen der willkürlichen Unterbrechung der Sitzung am Nachmittage des zweiten Tages durch den Vorsitzenden, G.-Sup. Bursche: „Die gestrige plötzlich erfolgte, völlig unbegründete Unterbrechung der Nachmittagsitzung durch den H. Vorsitzenden der Synode, trotz des Protestes der überwiegenden Mehrheit der Synodalen in einem Augenblick, wo nach allseitiger und erschöpfender Beleuchtung des § 8 die Abstimmung darüber erfolgen mußte, erweckt in uns den Verdacht, daß der H. Vorsitzende der Synode parteiisch gehandelt hat.“

Deswegen verurteilen wir sein Vorgehen auf das allerentschiedenste und protestieren gegen dergleichen Eigenmächtigkeit des Herrn Vorsitzenden“

65 Unterschriften
Die Beidenschaften wallen auf Einzelne Warschauer Synodalen an der Spitze Prof. Bursche wollen die Sitzung verlassen. Der Vorsitzende hat eine Pause von 10 Minuten anberaumt, die die Warschauer Gruppe zur Beratung ausnützt, wozu sie sich den Konsistorialsaal erwählt.

Nach einer Unterbrechung von 1 $\frac{1}{2}$ Stunden begannen am Freitag vormittag unter dem Vorsitz des Synodalen Machleid die weiteren Verhandlungen.

Das Wort wird dem Synodalen Ewert erteilt:

Präses Ewert hebt hervor, daß die Form des Antrages über willkürliche Schließung der gestrigen Sitzung der Synode durch den Vorsitzenden für den Generalsuperintendenten beleidigend sei und die Antragsteller den Vorsitzenden deshalb um Verzeihung (!) bitten mußten.

Synodaler Uta stellt fest, daß die Gründe, die der Generalsuperintendent zum Anfang der Sitzung anführte, ausreichend sind; er zieht deshalb den Protest zurück.

Generalsuperintendent Bursche ist mit der Zurückziehung des Protestes zufrieden und verzichtet auf eine Entschuldigung seitens der Lodzer Gruppe. Er sieht in der ganzen Angelegenheit keinen bösen Willen.

Präses Ewert berichtigt den Synodalen Uta in seinen Ausführungen, geht dann zu der nationalen Auffassung der evangelischen Polen über und deckt alle diejenigen Beweggründe auf, die seiner Ansicht nach immer wieder zu Feindseligkeiten führen. (Die Lodzer Gruppe unterbricht den Redner.) Die Gruppe der Deutschen wollte Luther nur für sich beschlagnahmen. Luther gehöre der ganzen Welt. Diese Grundansichten teilen uns alle in zwei Gruppen: die polnische und die deutsche. (Die Warschauer Gruppe schlägt unausgesetzt in ein und dieselbe Kerbe: das Nationale.)

Pastor Nedra kommt noch auf den Protest zurück. Er rügt die Ausführungen des Präses Ewert, die unnötig die Arbeit erschweren, und lobt den unparteiischen Sinn des Generalsuperintendenten.

Synodale Spickermann: Eine Beleidigung war im Protest nicht enthalten; wenn man protestiert, beleidigt man noch lange nicht. Er wendet sich gegen diejenigen, die die Mitglieder der Lodzer Gruppe ungerechterweise der Moyalität bezichtigen. Dies sei eine niederträchtige Verdächtigung. Man verdächtigt mich, daß ich Direktiven vom Auslande erhalte. Dies ist eine gemeine Verleumdung. Die Lodzer Gruppe ist freireligiös, nicht konservativ. Darum verlangen wir in einem freien Staate eine freie Kirche, selbstredend darf sie nicht in Zügellosigkeit ausarten. Wir wehren uns und kämpfen für die Erhaltung unserer Muttersprache und unserer lieben evangelisch-lutherischen Landeskirche. Wo der überwiegende Teil (mindestens 80 Prozent) der Gemeindeglieder deutsch spricht, müßte sie auch in der oberen Kirchenbehörde entsprechend sein. Was sehen wir aber? Wo finden wir eine einzige deutsche Person im Konsistorium? Immer wurden nur Versprechungen gemacht. War im Laufe der Zeit ein Posten im Konsistorium zu besetzen, so wurde stets ein Pole auserkoren. Beweise der Liebe und Brüderlichkeit sind uns die polnischen Glaubensbrüder noch schuldig geblieben. Solange es hier nicht anders wird, wird es zu keinem Frieden kommen.

Gen.-Superint. Bursche schlägt vor, die Diskussion über die nationalen Gegensätze fallen zu lassen. Die Gegensätze werden dadurch nur noch mehr verschärft. Die beiden Anträge sollen nicht zur Besprechung gelangen, das sei nicht Aufgabe der Synode.

Die Vormittagsitzung war äußerst unproduktiv. Wiederum trat die Geschlossenheit und innere Festigkeit der Warschauer Gruppe scharf hervor, was man von der Lodzer Gruppe leider nicht sagen kann. Planlosigkeit und öfteres Ändern der einmal gefaßten Beschlüsse kennzeichnen die Lodzer Gruppe. Die Angst vor dem Bruch, dem Auflösen der Synode macht die Mehrheit der Lodzer Gruppe scheu. Viele wollen darin gerade eine Stärke sehen, sie meinen, man bringe damit seinen Friedenswillen klar an den Tag.

Die letzten Stunden der Synode.

Die Nachmittagsitzung.

Sie beginnt um 4 Uhr nachmittags.

Pastor Michelis verliest einen Antrag der Warschauer Gruppe, in dem es heißt, daß die von ihm vertretene Gruppe sich mit den seitens der Lodzer Gruppe gemachten Erklärungen einverstanden erklärt und die Angelegenheit der beiden Anträge für erledigt betrachtet.

Generalsuperintendent Bursche geht auf die beiden am Vormittag eingereichten Protestanträge ein. Er bittet um deren Zurückziehung.

Synodaler Uta schlägt vor, sie der Kommission zu überweisen.

Generalup. Bursche schlägt die Uebergabe der Anträge an das Konsistorium vor. Die Synode heißt dies gut.

Man schreitet nun zur Aussprache über Artikel 9. Er wird nach kurzer Besprechung angenommen. Auch der Art. 10 wird rasch erledigt. Ueber Artikel 11 und 12 entspinnt sich eine kleinere Aussprache. Einzelne Synodalen schlagen das 25. Lebensjahr vor. Es erfolgt eine Abstimmung: 64 Stimmen sind dagegen, 61 dafür. Es wurde die Fassung der Kommission angenommen, der das 30. Lebensjahr für einen Gewählten vorseht. Art. 13. wird ohne größere Aussprache angenommen. Es folgt die Verlesung des Art. 14, in welchem es sich um den Titel Bischof handelt.

Präses Ewert tritt mit Entschiedenheit für den Bischofstitel ein. Dieser Titel entspreche dem Geiste der polnischen Sprache,

den Traditionen der polnisch-katholischen Gesellschaft. Die Deutschen mögen das Oberhaupt der Kirche bezeichnen, wie sie wollen, die Polen werden ihn nur Bischof (biskup) nennen.

Syn. Will ist gegen den Bischofstitel. Man berufe sich bei den Verhandlungen über den Bischofstitel auf Schweden, Norwegen. Dort hatte er eine geschichtliche Bedeutung erlangt. Zur Zeit der Reformation wurde der Titel Bischof in Deutschland abgeschafft, er erinnerte auch an die katholische Kirche. Wozu sollen wir diesen alten Kram von neuem einführen mit all dem leeren Tand (Bischofsmantel, Stab, Hut usw.). Gegen die Benennung General-Superintendent lehnt sich der Redner gleichfalls auf. Die einfachen Leute reden den General-Superint. öfters fälschlicherweise mit Herr General an. Er schlägt den Titel Kirchenpräsident vor.

Pastor Löffler ersucht um Schließung der Aussprache und fordert die Festlegung eines bestimmten Termins für die dritte Tagung der Synode. Die Synode soll nach den Wahlen in den Sejm und den Senat zusammentreten, so ungefähr Ende November, Anfang Dezember. Den Tag soll die gemischte Kommission festsetzen. Dieser Antrag wird angenommen.

Syn. Ulla hebt hervor, daß die Lodzer Synodalen es gern sehen würden, daß die dritte Tagung die letzte wäre. Jegliche Anträge müssen in der Zwischenzeit der Kommission eingesandt werden. Die Tagung müsse mindestens eine Woche dauern, denn die Reisen sind mit großen Ausgaben verbunden. Auch bedarf unsere Kirche der Ruhe.

Generalsuperintendent Bursche betont ebenfalls, an die Worte des Synodalen Ulla anknüpfend, daß unsere Kirche nach Ruhe verlange. Wir müssen durchaus die Zeit der Besprechung der einzelnen Artikel des Kirchengesetzes beschränken. Was die gemischte Kommission angenommen hat, muß in einem schnelleren Tempo erledigt werden. Dann ist eine Tagung von längerer Dauer als vier Tage unmöglich. Weiter schlägt Redner vor, daß die Synode zwei Abgeordnete in das Konsistorium entsenden möchte: einen Pastor und einen juristisch gebildeten Laien.

Syn. Stüdt stellt die Frage, wer die Reisekosten der Mitglieder der Kommission bezahlen soll?

Generalsuperintendent Bursche gibt die Erklärung ab, daß die Mittel der Konsistorialkasse erschöpft sind.

Sejmabgeordn. Spickermann spricht seine Freude über den Vorschlag, zwei Mitglieder in das Konsistorium zu senden, aus. Ob wir davon Gebrauch machen werden, steht noch nicht fest.

In persönlicher Angelegenheit (Pressehehe) spricht Pastor Gloeh, welcher, seine eigene Presseverleumdungen überschend, die deutschen Blätter Polens überfällt. — (Sturm der Entrüstung).

Der Vorsitzende unterbricht den Redner und weist darauf hin, daß diese Angelegenheit an die Kommission überwiesen wurde. Unter lauten Zurufen der empörten Deutschen verließ Pastor Gloeh trotzdem seinen Gegenprotest.

Pastor Michelis schließt sich den Ausführungen Pastor Gloehs an. (Zurufe der Lodzer Gruppe: „Und Ricszewo?“) Pastor Michelis verläßt ganz niedergeschmettert die Tribüne.

Präses Eweri betritt die Rednertribüne. Die Lodzer Gruppe protestiert dagegen, durch laute Zurufe stört man den Redner, der endlich von dem Reinpersönlichen Abstand nimmt und den Vorstand für seine Mühewaltungen dankt.

Mit einer kurzen Ansprache und einem Gebet schließt Generalsuperintendent Bursche die zweite Tagung der Synode. Die Synodalen verlassen langsam die Kirche. Es ist 6 Uhr nachmittags.

Die Ausbildung der evangelischen Geistlichkeit Polens.

Von Otto Somschor-Warschau.

In den vielen Daseinsfragen der deutschen evangelischen Bevölkerung Polens gehört unbestritten auch die Frage der Ausbildung unserer Geistlichkeit. Diese Frage ist wiederholt aufgeworfen und besprochen worden, ohne daß man sie bisher erledigt hätte. Sie drängt sich auch der konstituierenden Synode auf, und diese muß sie lösen. Die Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, liegen darin, daß man sie mit der Frage der theologischen Fakultät in Warschau verknüpft. In diesem Zusammenhang kann sie vorläufig nicht geregelt werden, und zwar schon aus dem Grunde nicht, weil es nicht auch in Kongresspolen, sondern auch in den anderen Teilgebieten sehr viele evangelische Glaubensgenossen giebt, die wir durch eine solche Regelung unwillkürlich in den Bannkreis der Warschauer Synode ziehen würden.

Der evangelischen Bevölkerung Polens aller Schattierungen steht das Recht zu, ihre völkische und religiöse Eigenart im Rahmen der polnischen Staatsverfassung zu wahren. Dieses Recht ist im Gesetz zum Schutz der Minderheiten festgelegt, durch die Aufnahme in die polnische Staatsverfassung bestätigt und in der demokratischen Weltanschauung der Gegenwart begründet. Diese rechtlich vollzogene Tatsache stelle ich mit Absicht an die Spitze dieser Ausführungen, denn sie ist die einzige Grundlage, auf der wir, nach den bitteren Erfahrungen der noch immer dauernden Uebergangszeit, unsere religiöse Eigenart erhalten können. Hat eine Minderheit das Recht, ihre Eigenart zu erhalten, so ist sie gesetzlich berechtigt und moralisch verpflichtet, alle Mittel anzuwenden, die zu ihrer Erhaltung dienen können. Zu diesen gehören in unseren Verhältnissen an erster Stelle die Schule und die Kirche: der Lehrer und der Pastor. Glaube und Volkstum können hier schwer von einander getrennt werden. Den Beweis dafür liefert die Geschichte der polnischen Minderheiten in anderen Ländern.

Die jüngsten Kämpfe in unserer Kirche und auf der konstituierenden Synode haben den schlagenden Beweis erbracht, daß der übergroße Teil unserer Pastoren mit dem Konsistorium an der Spitze die uns zugesicherten Rechte nicht anerkennen wollen und ihre eigenen Gemeindeglieder öffentlich staatsfeindlicher Umtriebe beschuldigen, einzig und allein deshalb, weil diese von ihrem Recht Gebrauch machen wollen. Diese traurige Tatsache zeigt nicht nur den Abgrund, an dem sich unsere Kirche befindet, sondern auch die tiefe Klüftung, die Pastor und Gemeinde von einander trennt. Deshalb haben die deutschen evangelischen Bürger Polens das unbedingte Recht zu verlangen, daß ihre Seelsorger so ausgebildet werden, daß sie ihre Gemeindeglieder verstehen und auch von ihnen verstanden wer-

den. Religion ist Glaubenssache, Glauben ist dort, wo Vertrauen vorhanden ist. Die Gemeinde kann kein Vertrauen zu ihrem Pastor haben, wenn er von der Kanzel aus ihre völkischen Gefühle verletzt, oder sogar als Denunziant auftritt. Die Begründer der evangelisch-lutherischen Fakultät zu Warschau können auch nicht einen einzigen Beweis dafür erbringen, daß sie bei der Gründung das Wohl der evangelischen Kirche in Polen und ihrer Bekenner im Auge gehabt haben. Wir nehmen an, daß die Fakultät in religiöser Hinsicht als moralischer Zwinger und in ökonomischer als politisches Fegefeuer für Kirche und Geistlichkeit gedacht ist, und somit ein Stein des Anstoßes für das gesamte evangelische Glaubensbekenntnis in Polen werden kann.

Wir laufen nicht Sturm gegen die evangelisch-lutherische Fakultät zu Warschau, sondern gegen die Mächte, die das Schicksal unserer Kirche mit ihr in Verbindung bringen wollen.

Wir müssen und werden sie so lange meiden, bis sie eine wirkliche Stätte ernster Forschung evangelischer Wahrheit sein wird.

Deshalb ist die Frage der Ausbildung unserer Geistlichkeit eine innere Angelegenheit der evangelischen Bekenntnisse Polens, die nicht vom Staate, sondern von den zukünftigen Synoden zu regeln ist.

Mehr Ahnenstolz!

Wir Deutschen sind dafür bekannt, daß wir in völkischer Hinsicht wenig Rückgrat haben. Kein Volk der Erde gibt sein Volkstum, seine Sprache, ja seinen Glauben so leicht auf, als gerade das deutsche. Ist es unter solchen Verhältnissen dann ein Wunder, daß man uns so wenig Achtung entgegenbringt? Gerade wir Deutschen in Polen franken an der Sucht, uns für Polen auszugeben, und Renegaten sind unter uns eine alltägliche Erscheinung.

Wie anders liegen doch die Verhältnisse in dieser Hinsicht bei den Polen! Die Schürmrote sollte uns ins Gesicht steigen, wenn wir den Stolz des polnischen Nachbarn auf sein Volk sehen. Ihm wird es nicht so leicht einfallen, tatsächlicher oder nur eingebildeter Vorteile wegen sein Volkstum zu verleugnen, das Andenken seiner Voreltern zu entehren.

In diesem Frühling kam ich auf meinen Wanderungen durch die polnische Heimat auf den katholischen Friedhof zu Sieradz. Ein eisernes mit einer Urne gekröntes Grabmal fesselte mein Auge.

Ich blieb stehen und las die Inschrift. Sie war so interessant, daß ich sie hier in der Uebersetzung hersehe — vielleicht zieht der oder jener Leser eine Lehre daraus.

Hier ruht Anton Paparona Bstrolowski, Notar des Bezirks Sieradz, Abgeordneter des polnischen Sejm vom Sieradzer Bezirk im Jahre 1809, Marschall der Gemeindeversammlung desselben Bezirks im Jahre 1823, Sammler von Altertümern und Orientierungsgegenständen aus der ehemaligen Wojewodschaft Sieradz, langjähriger Ordner und Archivar des Sieradzer Archivs, Sohn des Marcan, ehemaligen Landnotars von Sieradz, gestorben am 17 Juni 1799, Enkel des Stanislaus, Urentel des Franz, Erbherren des

Darfen Probanow, Ur-ur-entel des Peter, Ur-ur-entel des Stanislaus, Ur-ur-ur-entel des Abalbert, des Bischofs von und Stadtrichters von Siemradz, gestorben 1597. Er starb am 11. Februar 1843 und war geboren am 17. Januar 1773, war mithin am Tage seines Todes 70 Jahre und 24 Tage alt."

Dieser Pole war stolz auf seine polnischen Ahnen und rühmte sich ihrer noch nach dem Tode. Wann werden wir Deutschen in Polen soviel Ahnenstolz besitzen? A. K.

Der Block der völkischen Minderheiten Polens geschaffen.

Der 17. August 1922 wird in der Geschichte des polnischen Volkes nie vergessen werden. Durch die schreckliche Kürzung ihrer republikanischen Rechte zur Verzweiflung getrieben, haben sich nicht weniger als bis 40 Proz. der Bürger Polens zur Abwehr vereint. Wie zu den unheilvollen Zeiten der jesuitisch-katholischen Vorherrschaft vor 1772, so hat es auch jetzt nach 1917 Ks. Duto-Slawski, der getötete Nachfolger jener schwarzen Herren, welche vor 150 Jahren die gesamte andersgläubige, d. h. nicht-römisch-katholische Bürgergemeinschaft Mipolens zu einem mächtigen Block der Dissidenten („abseits Sitzenden“) zusammengeschmiedet haben, ne-mittels des verfassungsmäßigen Gesetzes über die Wahlordnung für den Sejm und den Senat der polnischen Republik so weit gebracht, daß auch die andersgläubigen und anderstämmigen Bürger Neu-polens sich zu einem ebenso mächtigen Block der Minderheiten zusammengeschlossen haben.

Nach den Wahlen, welche den einzelnen Nationalitäten eine ansehnliche Anzahl von Mandaten dank der Schöpfung des Minoritätenblocks zur Verfügung stellen wird, brauchen die neu-gewählten Sejmabgeordneten und Senatoren sich gar nicht aneinander gebunden zu fühlen. Wer Sozialist ist, der darf laut seinen Überzeugungen stimmen, desgleichen ein Liberaler, ein Demokrat usw. Nur das Eine soll für alle mit Hilfe des Blocks Abgewählten zum

heiligen Schwur

gemacht werden: Nie und unter keinen Umständen darf ein durch den Block zum Abgeordneten gewordener Mann seine Stimme zum Schaden der Rechte irgend einer Minderheit abgeben und auch nie in einem den Interessen irgend einer Minderheit tödlichen Sinne im Parlamente auftreten.

Dieses wurde einstimmig als richtig und für die Zukunft bindend anerkannt.

Endlich wurde eine von den Vertretern aller 5 Nationalitäten unterzeichnete

Urkunde

aufgesetzt und unterzeichnet, welche folgenden Wortlaut hat:

Warschau, den 17. August 1922.

Um die Ungerechtigkeiten auszugleichen, die durch das Wahlgesetz den völkischen Minderheiten im polnischen Reiche ange-tan worden sind, organisieren wir endesunterzeichneten Vertreter der weißrussischen, deutschen, russischen, ukrainischen und jüdischen Nationalitäten ein Vereinigtes Wahlkomitee der völkischen Minderheiten, in das jede Nationalität eine aus drei Vertretern bestehende Delegation entsendet.

Auf Grund dieser Urkunde, welche von den Vertretern aller fünf Nationalitäten unterzeichnet wurde, ist am 17. August 1922 um 10 Uhr 55 Min. abends der Block aller Minderheiten Neu-polens errichtet worden. Der Wahlkampf wird mit gemeinsamen Kräften für das gemeinsame gute Recht unter dem Banner der von der schwarzen Motta gefährdeten Gerechtigkeit und Gleichberechtigung geführt werden.

Der Zersplitterung in kleine Parteien ist ein Ende gemacht worden.

Aus Welt und Heimat.

Für die Versöhnung der Völker hat der in der letzten Woche in Kopenhagen tagende Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen eine erfreuliche und hoffentlich fruchtbare Arbeit geleistet. Schon im Jahre 1914 war dieser Bund ins Leben getreten, aber der unmittelbare darauf einsetzende Weltkrieg zerriß die kaum ausgestreute Saat. Auch der Zwangsfriede ließ zunächst nur spärlichen Raum für die Versöhnungsarbeit. Trotzdem wurden langsam die zerrissenen Fäden wieder angeknüpft, und die Kopenhagener Tagung hat gezeigt, daß die Versuche nicht vergebene geblieben sind. Auf deutscher Seite mußte das Interesse an dem Schutze der Minderheiten und der allgemeinen Entwaffnung besonders stark sein, da heute das deutsche Volk nicht bloß waffenlos ist, sondern auch mehr als sechs Millionen Deutsche in der Vereinzelung leben. Bemerkenswert ist, daß sich die internationale Kirchenkonferenz nicht bloß aus den Vertretern des deutschen Protestantismus und der befreundeten nordischen Kirchen zusammensetzte, sondern daß auch aus den ehemals feindlichen Staaten berufene Vertreter des Protestantismus erschienen waren. Die in Kopenhagen versammelten Kirchenmänner waren wenigstens insoweit einig, als sie die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Verleugung des Kriegsgeistes zeigten. Neben dem Schutze der konfessionellen Minderheiten wurden deshalb auch die Fragen der zwischenstaatlichen Vermittlung und der Abrüstung eingehend in versöhnlichem Geiste erörtert. Das stärkste Interesse konzentrierte sich auf die Auseinandersetzung über die Entwaffnung. Der amerikanische Lehrer des Völkerrechts Hull stellte ohne jeden Kompromiß die Forderung, daß eine allgemeine Niederlegung der Waffen eintreten müsse. Von französischen Standpunkt sprach hierzu Professor Monod (Paris), vom deutschen Professor Deißmann (Berlin). Auch ihre Ausführungen gingen auf eine allgemeine Verständigung hinaus. Schließlich einigte sich der Weltbund auf die nachfolgende, einstimmig angenommene Entscheidung:

„Die Konferenz stellt mit schwerem Bestreben die Tatsache fest, daß trotz der furchtbaren Erfahrungen des Krieges, trotz aller durch die 14 Punkte des Präsidenten Wilson erregten messianischen Erwartungen, trotz der im Vertrag von Versailles festgesetzten Abrüstung der Mittelmächte, trotz der feierlichen Verpflichtung der alliierten Mächte im Waffenstillstandsabkommen und im Vertrag von Versailles, trotz Völkerverbund und Konferenz von Washington, trotz der heißen Sehnsucht aller Völker der Erde nach einer Erleichterung der Rüstungslasten die Gesamtzahl von Soldaten und die militärischen Ausgaben heute größer sind als 1914, und daß Mißtrauen, Böswilligkeit und Haß der Völker untereinander schlimmer sind als je zuvor. Die Konferenz erkennt zwar die Notwendigkeit an, eine der Wahrung der nationalen Sicherheit angemessene Wehrmacht beizubehalten in der Erwartung, daß bereinst ein wirklicher Völkerverbund über eine genügende Macht verfügt. Sie legt es aber allen christlichen Kirchen als eine heilige Verpflichtung

ans Herz, die seelische Abrüstung innerhalb jedes Volkes zu fördern und die Menschen mit gleicher Entschiedenheit dahin zu beeinflussen, daß sie für eine schnelle und allgemeine Einschränkung der Rüstungen einzutreten, wie auch für die Anwendung der schiedsgerichtlichen und vermittelnden Verfahren zur Erledigung aller internationalen Streitigkeiten, die jetzt durch die Errichtung des internationalen Gerichtshofes im Haag praktisch möglich geworden ist.“

Weitere Beschlüsse über die deutschen Missionen und die Rheinlandfragen ließen die Forderung des Erzbischofs von Upsala, Soederblom, nach einem Zusammenschluß des Weltprotestantismus auf dem Gebiet des Lebens und der sozialen Hilfe als einen verheißungsvollen Fortschritt erscheinen. Im ganzen kann man von der Kopenhagener Konferenz sagen, daß sie an ihrem Teile an der allgemeinen Völkerversöhnung mit gutem Willen mitzuarbeiten befreit gewesen ist.

Ein mexikanischer Konsul in Polen. Der Bodner Wojewodschaft wurde mitgeteilt, daß zum mexikanischen Konsul für Polen der französische Bürger, Baron Max Rabbison, Warschau, Swiencio-Krzyzka 27, berufen wurde. bis.

Die Berechnung des Strafportos für Briefsendungen. Ueber die Berechnung des Strafportos für Briefsendungen herrscht allgemein große Unklarheit. Wie wir von dem hiesigen Postamt erfahren, wird das Strafporto wie folgt berechnet: Bei Sendungen innerhalb Polens wird das doppelte der fehlenden Summe erhoben, bei Sendungen von Deutschland das doppelte des fehlenden deutschen Portos, multipliziert mit $8\frac{1}{2}$. Wenn also ein Brief von über 20 Gramm Gewicht innerhalb Polens mit nur 20 Mark frankiert ist, so wird von dem Empfänger als Strafporto $20 + 20 = 40$ Mark verlangt. Ist ein Brief aus Deutschland nur mit 3 Mark (das jetzige Auslandsporto in Deutschland beträgt für den gewöhnlichen Brief 6 Mark) frankiert, so berechnet sich das Strafporto nach der Formel: $3 + 3 = 6 \times 8\frac{1}{2} = 50$ Mark. Das Mindest-Strafporto beträgt 30 Mark und wird für alle Sendungen, bei denen das Strafporto nach vorstehenden Formeln berechnet weniger beträgt, erhoben. Strafportopflichtig sind auch Postkarten, die das Normalmaß von 7×15 überschreiten. Sie müssen mit Briefporto versehen werden.

Hier Kohlenmangel — dort Feterschichten. Es klingt wie ein böser Scherz und ist doch leider bittere Wahrheit: bei uns herrscht Kohlenmangel und in Kohlergebiet weiß man nicht, wohin mit dem Kohlenfegen. Wie aus Katowitz gemeldet wird, sehen sich die Grubendirektionen der Wojewodschaft in Folge der Unmöglichkeit des Abtransportes und, da die Werte beinahe in den bergeshoch aufgeschütteten Kohlenhalben erschöpfen, gezwungen, wöchentlich zwei Feterschichten einzulegen, d. h., an zwei Tagen in der Woche werden keine Kohlen gefördert werden. Was das im Winter zur Zeit des gesteigerten Kohlenverbrauchs bedeuten wird, kann sich jeder selbst ausmalen.

Mit dem 15. September tritt ein neuer Kohlenfrachttarif in Kraft, wonach die Sätze wie folgt erhöht werden: bis zu 100 Km. um 70 Mark für den Korzec, bei 700 Km. um 190 Mark für den Korzec. Dies bedeutet eine Preiserhöhung der Kohle (2400 Mt.) um 3,8 bis 7,5 Prozent.

Orkan. Am 2. d. M. wütete in der Umgegend von Dombie ein furchtbarer Orkan, der von einem Hagelunwetter begleitet war, dessen Eisstücke die Größe eines Hühnerais erreichten. Das entfesselte Element richtete in den umliegenden Dörfern großen Schaden an. Der Hagel vernichtete auf den Feldern Weizen und Hafer, der Sturmwind riß die Dächer von den Häusern und in den

dem Sturmwind ausgelegten Fenstern blieb keine Scheibe ganz. Außerdem war ein schreckliches Geräusch zu hören. Dieses noch nie dagewesene Unwetter verlegte die Dorfbewohner in nicht geringen Schrecken.

Die Millionwka. Sonnabend, den 19. August fand in Warschau die Ziehung statt. Der Gewinn fiel auf Nr. 1 342 115, die in Lodz verkauft wurde.

Das Ministerium der Eisenbahnen macht bekannt, daß ab 1. September die Eisenbahnfahrten auf Strecken bis 200 Klm. um 66 Proz. steigen werden, auf Strecken bis 300 Klm. — um 64 Proz., bis 400 Klm. — 62 Proz. und auf Strecken über 1000 Klm. — 55 Proz. Die Gepäckbeförderungstaxe bleibt ohne Veränderung.

Die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Rußland sollen nach Aussagen eines höheren Sowjetbeamten in Form des Tauschhandels gepflogen werden. S.-Rußland braucht Manufakturwaren, Maschinen, Handwerkzeuge, dafür könnte es felle, Leder und größere Mengen von Flachs geben.

Auf der Warschauer Getreidebörse zählte man am 18. August für einen metrischen Zentner (244 Pf.) Roggen (frischen) 18 150, Weizen — 25 000, Hafer — 23 250, Gerste — 18 000, Roggenkleie — 10 250, Gerstengröße — 43 200 Mark.

Die ausländischen Geldwährungen, die seit einer Reihe von Wochen merklich gestiegen sind, haben im Laufe der letzten Woche eine Höhe erreicht, wie noch nie zuvor, seit Wiederherstellung des polnischen Staates; so zahlte man am

	14. 8.	17. 8.	19. 8.
1 Dollar	6990 Mk.	7690 Mk.	8640 Mk.
1 Pf. Sterling	31300	34800	39000
1 deutsche Mark	9	7	7
1 franz. Frank	583	615	700

Wochenschau.

Polen. Die neue Regierung des liberal gesinnten Krakauer Universitätsrektors Dr. Nowak hatte volle Hand mit den Vorbereitungen zu den kommenden Neuwahlen zu tun. Am 13. August hat der Staatschef ein Dekret über die Termine der Wahlen für den Sejm (5. November) und für den Senat (12. November) erlassen, so daß wir schon in die Wahlperiode eingetreten sind. Im Verlaufe von 5 Wochen müssen laut Gesetz schon die Wahllisten aller Parteien in allen einzelnen Wahlbezirken wie auch die Listen für die Reichswahl eingereicht werden.

Am selbigen Tage traten in Warschau die Vertreter aller völkischen Minderheiten (Deutsche, Russen, Juden, Ukrainer und Weißrussen) zusammen und unterzeichneten einen Bündnisvertrag, auf Grund dessen ein Minderheitenblock geschaffen wurde. Für die deutsche Nationalität traten auf die Herren Landrat a. D. Naumann, als Vorsitzender des Zentralverbandes aller Deutschstumsbünde Polens und Herr Hasbach, als Vorsitzender der deutschen Sejmfraktion. Das Deutschtum in Kongresspolen und in den russischen Gebieten Polens wurde durch Dr. v. Behrens, als Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Polens (Lodz) vertreten, welcher schon vor einem Jahre in den Spalten der Lodzer freien Presse als erster den Plan des Ausbaues des Minderheitenblocks entwickelt hat. Von nun an werden die Deutschen hand in hand mit den Juden und den Ruthenen und Russen an die Wahlurne schreiten, sich gegenseitig für die nahen Wahlen vorbereiten und gut aufpassen müssen, daß sich niemand seiner Wählerpflicht entziehe. Ein Zentralkomitee wird in Warschau gebildet, welches den Plan für den Wahlkampf ausarbeiten wird. Es liegt auf der Hand, daß in sehr vielen Wahlbezirken weder die deutschen Kolonisten vom flachen Lande noch die jüdische Bevölkerung der polnischen, litauischen und galizischen Städtchen

auf eigene Faust ihre Kandidaten in den Sejm und den Senat durchbringen könnte. Gehen sie aber zusammen, so werden in recht vielen Bezirken ihre Stimmen ausreichen, um einen Kandidaten durchzusetzen. Das gemischte deutsch-jüdisch-russisch-ukrainisch-weißruthenische Zentralwahlkomitee wird bestimmen, in welchem Wahlbezirk ein Deutscher, und in welchem ein Jude oder ein anderer Kandidat aufgestellt werden soll. So kann es kommen, daß z. B. alle stimmungsfähigen Männer und Frauen deutscher Nationalität dazu angehalten werden nicht für einen deutschen Stammesbruder, sondern für einen Juden, einen Ukrainer oder auch einen Russen ihre Stimme abzugeben. Dieses müssen sie unbedingt tun, denn zum Ausgleich dafür werden in einer Reihe von anderen Gegenden alle Juden, Ukrainer, Weißruthenen und Russen wie ein Mann nur für den Deutschen, nicht aber für ihren eigenen Mann abstimmen.

Es ist erwünscht, daß unsere Deutschen in ganz Polen sich mit diesem jugensreichen Gedanken vertraut machen und dann während der Wahlen mit aller Kraft dafür sorgen, daß alle, besonders die Frauen, welche nicht immer die ganze Wichtigkeit des Wahlkampfes begreifen, zur Urne gehen.

Die deutschfreierische Reaktion, welcher es nicht gelungen ist, Prof. Nowak gleich Sliwinski vom Staatsruder zurückzudrängen, befürchtet mit Recht, daß die Wahlen zu einem niederschmetternden Ergebnis für sie führen werden. Daher ist die schwarze Rote mit Kofanty an der Spitze bemüht, politische Unruhen und wenn möglich sogar einen gewaltamen Umsturz herbeizuführen, um für die Wahlzeit das Ruder an sich zu reißen. Besonders stark wird die Agitation im Posenischen und in Pommerellen in diesem Sinne geführt. Jedoch ist es zu hoffen, daß unser Staatschef Pilsudski mit fester Hand die Zukunft unserer Heimat leiten wird.

Rußland. Das Elend im hungernden Lande der Sowjets nimmt sündlich zu und doch träumen die roten Tyrannen Moskaus noch immer davon, die Welt mit bewaffneter Hand niederzurufen. Ein großer Plan, die gesamte Bevölkerung vom 16. bis zum 48. Jahre zu Soldaten auszulernen, wurde von Trozki—Bronstein ins Auge gefaßt. Auch Mädchen und Frauen werden täglich 2 bis 3 Stunden in der Kriegskunst unterrichtet. Das gepeinigete russische Volk murrte immer lauter, aber da es wehrlos ist, muß es gehorchen. Die Pest und die Cholera greifen mächtig um sich. Leichen liegen zu Dutzenden sogar auf den Straßen der Großstädte.

Großfürst Kyrill, älterer Sohn des Großfürsten Wladimir, des Bruders Kaiser Alexanders III. hat erklärt, daß er bereit sei, den Thron des Zaren zu besteigen, wenn ein günstiges Moment sich bieten würde. Wie bekannt ist, hat der Nachfolger von Nikolaus II. Michael, als ihm Nikolaus II. bei seiner Abdankung die Regiment übergab (am 2. März 1917), dieselbe der Duma unter der Bedingung weitergegeben, daß eine konstituierende Volksversammlung einberufen werde und durch Mehrheit der Stimmen beschleße, ob Rußland zu einer Monarchie oder zu einer Republik werden soll. Diese Versammlung kam bisher nicht zu stande, doch sollten die Bolschewiken einmal stürzen, so hätte Kyrill I nicht geringe Aussichten auf den Thron.

In verschiedenen Gegenden Rußlands meutern auch schon die roten Truppen.

Litauen. Der litauische Sejm in Rowno hat ein glänzendes Zeugnis seiner demokratischen Reife dadurch abgelegt, daß er in der Staatsverfallung der litauischen Republik allen völkischen Minderheiten das größte Maß von Selbverwaltung gesichert hat. Der Bund der Deutschen Litauens, die Südbaltische Gemeinschaft und die russisch-völkischen Organisationen, sowohl als auch die polnische Minderheit besitzen dort wirklich die vollste Möglichkeit ihre Muttersprache, ihre Kirchen,

Schulen usw. frei zu entwickeln. Sie dürfen ihre Stammesangehörigen für diese Zwecke besteuern, organisieren usw. Diese Handlungsweise hat der litauischen Republik das Wohlwollen der Großmächte zugesichert und ihre Aussichten im Streite mit Polen um das Wilnaer Gebiet sehr gefördert.

Ostgalizien. Nachdem die Regierung Prof. Nowaks die Aufhebung des Ausnahmezustandes im okkupierten Ostgalizien verkündet hat (8. August d. J.) haben die Ukrainer am 15. in Bemberg in der Redaktion der von unsern Ostgalizienbehörden geschlossenen Zeitung „Russi“ eine Versammlung des „Erweiterten Russisch-Galizischen Komitees“ einberufen. Diese Versammlung wurde aber sofort von den Bemberger polnischen Behörden auseinandergetrieben, etliche Rathenführer verhaftet und alle Papiere zur Durchsicht mitgenommen. Der Kommissar, ein gewisser Reidan, hat sich, wie die ruthenische Zeitung „Wolja Narodu“ in ihrer Nummer 80 berichtet, über die Proteste der Anwesenden lustig gemacht, welche ihm die Nummer des Regierungsblattes, wo das Dekret über die Aufhebung des Ausnahmezustandes gedruckt stand, vorzeigten. Er meinte: „Wieviele ist solch eine Verzeihung vorhanden, wie ist sie nicht bekannt, bei uns gibt es so etwas nicht“.

Am 18. August d. J. erfolgte ein schreckliches Bombenattentat auf das Gebäude der Lemberger Staroste, welches von unbekannt gebliebenen Tätern verübt wurde. Der Verdacht liegt nahe, daß wir es hier, ebenso wie in den Westmarken Polens mit kramphastigen Verjuchden der Geheimorganisationen polnischer Reaktionäre, die liberale von Pilsudski unterstützte polnische Richtlinie Professor Nowaks zu kompromittieren, zu tun haben.

Danzig. Die Beziehungen zwischen dem Freistaat und Polen gestalten sich nicht gut. Der kleine deutsche Staat an der Weichselmündung ist selbstverständlich auf sein Ehrgefühl erpicht. Als in diesen Tagen ein schwedisches Geschwader den Danziger Hafen besuchte, da trat der polnische Regierungsvortreter Kommissar Ptuczki als Wirt den schwedischen Gästen gegenüber auf und drängte den Präpönten Sahm und den Danziger Senat, den Volksrat und den Magistrat ganzlich in den Hintergrund. Dieses erbitterte die Gemüter sehr. Auch ohnedies finden in Danzig täglich Reibereien mit den Polen statt, — meistens wegen polnischer und deutscher Inskripten, Zollschwierigkeiten, Passformalitäten und dergleichen mehr. Es ist wirklich bedauerlich, daß Danzig, anstatt als erster Knoten der Freundschaft zwischen den Deutschen und Polen zu sein, sich immer mehr zum Cummeipias der polnischen und völkischen Gehässigkeit gestaltet.

Slowakische. Die Prager Regierung und der Sejm scheinen einen neuen, rechtsverbalen Kurs der slowakischen Minderheit gegenüber einschlagen zu wollen. Es soll eine breite Autonomie für die ganze Slowakei im Laufe dieses Monats eingeführt werden. Die Ruthenen, welche an den jüdischen Abhängen der Karpathen wohnen, bekommen schon eine wirklich liberale Selbstverwaltung. Da die so beglückten ruthenischen Gebiete dicht an der Grenze Ostgaliziens gelegen sind, so wäre es ratsam, den Kontrakt nicht allzu weit zu gestalten.

Die Prager Regierung jagte nach Warschau, Bukarest und Belgrad Einladungen zum „Kongress der Kleinen Entente“ wo die Diplomaten von den 4 Reichern sichtlich über die Minderheiten ihrer inneren Politik den völkischen Minderheiten gegenüber verhalten werden. Wir wissen, daß die völkischen Minderheiten der Tschechoslowakischen Republik (Slowaken, Ungarn, Deutsche und Ruthenen) schon vor einem Monat genau solch einen Minderheitenblock errichtet haben, wie diejenigen Polens am 17. August.

Deutschland. Da Poincare zu keinem vernünftigen Uebereinkommen mit Lloyd Georges in

der Frage der an dem unglücklichen deutschen Volke angewandten Erpressungsmittel kommen konnte, hat Frankreich begonnen, auf eigene Faust dieselben anzuwenden. Da es jedoch die Franzosen nicht riskieren, ohne Einvernehmen mit anderen Großmächten die Grenzen Deutschlands zu überschreiten und dadurch den Frieden ganz Europas abermals zu stören, so beschränken sie sich darauf, daß sie viele von begüterten französischen Bürgern deutschen Stammes ausplündern und aus Elßaß nach Deutschland vertreiben. Wer Wind sät, der muß einmal Sturm ernten.

Oesterreich. Die österreichische Regierung hat sich an die Großmächte mit einer Note gewandt, in welcher sie erklärt, sie möchte eine fremdländische Verwaltung in den Gebieten der Republik Oesterreich einsetzen, da Wien außer Stande sei, Mittel zur weiteren Verwaltung des Staates ausfindig zu machen. Das hungerrnde und durch den Krieg, Revolution und Kontributionen total ruinierte deutsche Volk von Oesterreich, Salzburg, Tirol und der Steiermark hat schon den Ausländern sein letztes ausverkauft, um nicht zu Grunde zu gehen. Zu welchen Spottpreisen dieser Ausverkauf Oesterreichs stattfindet, beweist am besten der Kurszettel. Ein englisches Pfund Sterling, welches vor 1914 nur 20 Kronen gleich war, kommt jetzt in Wien 289,000 Kronen gleich. — Also 15,000 mal billiger ist die österreichische Münze der englischen gegenüber geworden! Ein schreckliches Schicksal, ein unglückliches Volk.

Kirchenleben. Es wird den Menschen immer klarer, daß die zur Zeit regierenden Staatsmänner und Diplomaten kaum imstande sind, geordnete Zustände wiederherzustellen und den Völkerhaß, welcher die Menschheit in Weltkrieg und Kommunistenrevolutionen stürzte, zu dämpfen. Daher wenden sich die enttäuschten Völkermassen immer mehr von den Politikern ab und suchen

eine Stütze in den christlichen Kirchenorganisationen zu finden. Nicht nur der Papst von Rom, welcher lehens eine Reihe von Mahnbrieffen im Interesse des Weltfriedens erlassen hat, auch die protestantischen Kirchen der ganzen Welt treten jetzt immer mächtiger in diesem Sinne hervor. Unter den großen Massen der Christenheit, welche unter den traurigen Folgen des überspannten Nationalismus einerseits und des widernatürlichen Internationalismus (Bolschewiken, Kommunisten und ebenso Großkapitalisten der Weltbörse) andererseits heute so schwer zu leiden haben, gewinnt der Gedanke eines menschlichen Zusammenschlusses auf Grundlage des Evangeliums immer größere Verbreitung. Das Interesse für die Kirche und für das Kirchenleben wird immer größer. In recht vielen Kirchen macht sich eine mächtige reformatorische Bewegung bemerkbar. Die Tschechen sind am Wiederaufbau der Kirche von Johann Hus, in Nordrußland entsteht eine neue „lebendige Kirche“; in Kopenhagen gründen die Vertreter aller protestantischen Kirchen der Welt einen mächtigen evangelischen Kirchenverband, und in Warschau tobt auch der Kampf um Luthers Erbe. Die evangelischen Christen Kongresspolens, Wolhyniens, Schlesiens und Wilnas fühlen es auch, daß man weiter nicht so leben kann, wie man bisher gelebt hat. Das Volk verlangt stürmisch, man solle ihm die Tore und die Fenster der Gotteshäuser, wo der morsche Geruch der Fäulnis uns zu ersticken droht, weit aufreißen. Die ordens- und titel-süchtige Priesterclique weniger Zehner von Männern in Talaren fürchten für ihre Krippe, für ihr gesellschaftliches Ansehen und für ihre politische Machtstellung. Es wird verleumdet, Abstimmungen werden verschoben und dadurch gefälscht, Wahlgeseze werden für den Sejm kunstvoll bearbeitet, die Synode wird verschleppt und Führer des

Volkes werden auf gemeinfte Art denunziert, um sie hinter Schloß und Riegel zu bringen. Genau wie vor 500 Jahren zu Zeiten der großen Reformatoren, als die Wahrheit siegte. Sie möge auch jetzt siegen!

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“
m. b. H., Petrikauer Straße 86.
Leder: Dr. E. von Behrens.

Mit Beginn des neuen Schuljahres wird vom Hauptverein der deutschen Bauernvereine in Krolak eine

Deutsche Landwirtschaftsschule

errichtet, die unter staatlicher Aufsicht steht und dieselben Rechte verleiht wie eine gleichartige staatliche Anstalt.

Interessenten stellt die Schulabteilung des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine in Poznań ul. Sr. Ratajczaka 39 ausführliche Prospekte gern zur Verfügung.

Anmeldungen tunlichst bis zum 1. September. Der Unterricht beginnt in der ersten landwirtschaftlichen Sachklasse am 15. September, in den übrigen Klassen am 1. September. Für Unterbringung und Pension sorgt die Schule. 40

Bekanntmachung.

Der Schullehrer gibt zur allgemeinen Kenntnis, daß die Kantors Lehrstelle im Dorfe Jochanka, Gemeinde Jwanowice, Kreis Kallsz, frei ist. Der Antritt kann gleich erfolgen. Haus und Land gehören zur Schule.

Anmeldungen beim Schullehrer Julius Streckenbach in Jochanka erbeten. Der Schullehrer.

Landwirtschaftliche Maschinen

halten wir vorrätig:

Dreschmaschinen, Sämaschinen, Rogwerke, Kultivatoren, Saateggen, Pflüge, Düngmühlen, aut. Pferderechen, Kartoffelfeldämpfer, Rübenschnneider, Milchzentrifugen, Kartoffelhackmaschinen, Sensen, Sauchverteiler usw.

Manufaktur-Waren

Sämtliche Weißwaren, Baumwollwaren und Wollwaren.

Preise billig — Waren gut

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

Aktiengesellschaft
Lodz, Aljeje Kosciuszki 45/47. 23

Dachpappen

Teer, Klebemasse, Antisepticum, Linnen, Asphalt, Dachleisten, Pappnägel, Gartenkies

Liefert die

Dachpappen- und Asphaltfabrik

Cinke, Ewald & Co., Lodz, Wysoka Nr. 9.

Spargelder

verzinsen wir
bei täglicher Ründigung mit 6%
6-wöchentl. 10%
1-jährl. 12%

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

Lodz, Aljeje Kosciuszki 45/47. 23

Kunst-Dünger

Thomasmehl ist auf meinem Lager eingetroffen. Bestellungen, auch auf Chillsalpeter, bitte ich sofort aufzugeben, da Vorrat gering. — Ferner habe auf Lager sämtliche landwirtschaftliche Maschinen, die ich zu sehr niedrigen Preisen abgebe.

Edmund Kikel, Lodz, Petrikauer Str. 234

Eine starke Teuerung

setzt wieder ein. Wir haben im günstigsten Zeitpunkt Winter-Waren eingekauft und sind in der Lage, am billigsten zu verkaufen

Sommer-

Damen-Mäntel 16 14 12 500
aus Kowerkot 36 34 32 000

Kleider aus:

Kreton 55 4500
Etamin 125 95 7500
Cheviot 75 5800
Garbardin 22000
Seidentrikot 24—22000
Seide 38000

Herren-Ulster 32—28000
Mädchen-Kleidchen

aus Etamin 55 45 3500

Etamin-Blusen 55 45 3500

Damen-Röcke
aus Cheviot 38 3500

Knaben-Anzüge
in großer Auswahl billig

Paletots für Knaben und Mädchen

Herbst-Neuheiten!

Herren-Ulster
aus modernem Stoff 48000 38000

Damen-Mäntel aus Velour und
engl. Stoffen 38—32—28000

Stoffe für Anzüge, Paletots, Ulster, Kostüme
Kleider, Blusen in allen Preislagen.

Sacco-Anzüge aus:

Streichgarn 28.—
reiner Wolle 42.—38.—
Kammgarn 55.—52.—

Hosen aus:

Streichgarn 95 8500
Kammgarn 14500

Schmechel & Rosner, Lodz

Petrikauer 100. Filiale 160.

Je länger Sie mit dem Einkauf warten, um so teurer müssen Sie einkaufen.

verbreitet die „Lodzer Freie Presse“ Sie allein vertritt die Interessen der Deutschen polens.